

Elmar Römpezyk

# **Estland, Lettland, Litauen**

Geschichte, Gegenwart, Identität



Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet  
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet  
unter <http://dnb/db.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0463-1

© 2016 by

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH

Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlaggestaltung: Ralf Schnarrenberger, Hamburg

Satz: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Mediengestaltung,  
Marburg

Bildnachweis: Sämtliche Fotos © Elmar Römpczyk

Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2016

Besuchen Sie uns im Internet: [www.dietz-verlag.de](http://www.dietz-verlag.de)

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> . . . . .	9
Wie ist die offizielle Haltung der Regierungen? . . . . .	14
<b>1 Die Hanse erschließt Livland – gestützt auf Wikinger und Kirche</b> . . . . .	16
Reminiszenz an finno-ugrische Wurzeln des Baltikums . . . . .	25
Wechselnde Überlagerung fremder Herren im livländischen Baltikum . . . . .	29
Dänen . . . . .	29
Schweden . . . . .	31
Russen und mehr . . . . .	33
<b>2 Kulturelle Vielfalt – vielfältige Identität</b> . . . . .	39
Religionen . . . . .	40
Kunst . . . . .	47
Literatur . . . . .	53
Kultur fürs Gedenken und Vergessen – Wald-Guerilla gegen Okkupation . . . . .	60
Identität der Natur – schlicht und geheimnisvoll . . . . .	63
<b>3 Außenpolitik ist Sicherheitspolitik – contra Russland pro NATO</b> . . . . .	67
<b>4 Außenpolitik II – wachsende Entfremdung gegenüber der EU</b> . . . . .	73
Europawahlen in Estland . . . . .	77
Europawahlen in Lettland . . . . .	78
Europawahlen in Litauen . . . . .	78
<b>5 Innenpolitik mit oligarchischer Fußspur</b> . . . . .	79
Es herrscht wieder Demokratie – sagt man . . . . .	79
Transformation und Oligarchie . . . . .	83
Oligarch Ainars Šlesers . . . . .	84
Oligarch Andris Šķēle . . . . .	85
Oligarchischer Inbegriff: Aivars Lembergs und seine »Stipendiaten« . . . . .	86
Lembergs kleines Geheimnis . . . . .	90
<b>6 Politische Kultur – Eine chaotische Entwicklung</b> . . . . .	92
Politische Kultur und Selbstbedienungsstaat . . . . .	95
Staatspräsident Valdis Zatlers . . . . .	97
»Kolonie der eigenen Elite« . . . . .	98
Es sieht aus wie Politik gegen die eigene Gesellschaft . . . . .	101

<b>7</b>	<b>Baltische Parteien: Spielbälle der Oligarchen</b>	104
	Was, bitte, ist eigentlich eine Oligarchen-Partei im Baltikum?	104
	Was sich in Lettland lernen lässt: Erfolgreiche Parteien sind volatil	108
	Innovationskraft reformwilliger »linker Parteien« in Lettland wird gesucht	111
	Moderate Sozialdemokratie in Estland: der Ilves-Effekt	117
	Strategische Ausrichtung eines kleinen Landes auf ein demokratisches Europa	118
	Innovative e-Demokratie mobilisiert die estnische Jugend	118
	EU-affines Litauen	121
	Litauens neue Sozialdemokratie gewinnt Wahlen, verliert aber an Demokratie	124
<b>8</b>	<b>Baltische Zivilgesellschaft – ungeliebtes Fremdwort</b>	126
	NROs und Energiepolitik	128
	NROs und Frauenpolitik	131
	NROs und Wohn-Umfeld-Kultur	132
	Zivilgesellschaft und gesellschaftspolitische Bildung	139
	Länderübergreifende Zusammenarbeit von NROs: noch ein weiter Weg	141
<b>9</b>	<b>Wirtschaftspolitik: Wachstum ohne Entwicklung?</b>	146
	Zunächst: Rückblick auf die baltischen »Tiger-Staaten« nach 1990	146
	Die inzwischen erreichte reale Wirtschaftsstruktur	151
	Land-grabbing auf dem Vormarsch	155
<b>10</b>	<b>Wirtschaftliche Nachhaltigkeit – nicht ohne Rohstoffsicherung</b>	159
	Nachhaltige Entwicklung bedeutet zukunftsfähiger Umgang mit den eigenen Ressourcen	161
	Wälder & Forsten: für nationale Wertschöpfung oder nationalen Ausverkauf?	162
	Landwirtschaft: Bio-Nahrung durch organisierte Bio-Bauern – schwierig aber möglich	163
<b>11</b>	<b>Baltische Zukunftsperspektiven, baltische Herausforderungen</b>	170
	Nationale Herausforderung: Gespaltener Wohlstand bewirkt Prekarisierung	172
	Nationale Herausforderung: Wirtschaftsfreundlichkeit, ja – aber anders	174
	Nationale Herausforderung: Öko- und Kulturtourismus zugunsten von Regionalentwicklung	178
	Estland: Die Region Peipsi-See	178
	Litauen: Die große Seenplatte	180
	Lettland: Latgale, Grenzregion zu Russland und Weißrussland	182

Regionale Herausforderung: Ostsee als Mare Nostrum . . . . .	185
Regionale Herausforderung: Baltische Energiepolitik im europäischen Kontext . . . . .	188
Gas-Fracking in Litauen . . . . .	193
Was letztlich bleibt: EU-Förderung von Erdgas . . . . .	195
Ölschiefer aus Estland für Skandinavien . . . . .	196
Das Nord-Stream-Projekt in seiner Bedeutung für das Baltikum . . . .	199
Regionale Herausforderung: Baltischer Nationalismus behindert intensivere Ostsee-Kooperation . . . . .	203
Regionale Herausforderung: Baltische Mobilität mit Anbindung an Europa . . . . .	205
Europäische Herausforderung: Ostseestaaten im Drogenhandel . . . . .	207
Europäische Herausforderung: TTIP, CETA – Freihandel für wen genau? . . . . .	208

## Einleitung

Das Bild vom heutigen Baltikum ist ein Kaleidoskop ganz unterschiedlicher Phänomene, die oft genug unverbunden nebeneinander stehen. In den Medien wird immer mal wieder sympathisch über ein noch unbekanntes Baltikum berichtet. Da durchpflügen Kreuzfahrtschiffe die Ostsee, die nach Danzig und Klaipeda (Memel) in der alten Hansestadt Riga anlegen, um Besuchern den Gang durch die prächtigen Jugendstilviertel zu ermöglichen. Andere reisen durch die Moore, Sümpfe, Wälder und Hügel Estlands und erleben, wie es vor einigen hundert Jahren auch in weiten Teilen Deutschlands noch aussah. Radtouristen kreuzen durch die östlichen Endmoränenlandschaften Estlands oder Lettlands. Familienurlauber mit Hunden dürfen Hunderte Kilometer weit den Ostseestrand entlangwandern und nach Lust und Laune picknicken. Dabei werden sie nur ganz selten von irgendwelchen Hinweisschildern gestört. Das alles sind echte Bilder des Baltikums.

Die Balten selber setzen ihre Prioritäten meist etwas anders. Für sie ist wichtig, dass sich seit der Unabhängigkeit von der Sowjetunion 1990/91 die russische Präsenz zwar verringert hat, aber nicht der russische Einfluss. Seit dem EU-Beitritt 2004 (und in Vorbereitung darauf) durchleben die Menschen einen heftigen Transformationsprozess von zentralstaatlicher Lenkung hin zu marktwirtschaftlicher Liberalität – ohne dass das eine verschwunden wäre oder das andere sich durchgesetzt hätte. Dabei ist viel EU-Geld in die drei Staaten zur Unterstützung des als notwendig angesehenen Transformationsprozesses geflossen und fließt weiterhin. Aber kann ich mich mit dieser Transformation in diese EU identifizieren? – fragen sich bis heute einzelne Menschen, auch ganze Dörfer, sogar Regionen. Wie authentisch sind die politischen Entscheidungsträger meines Landes



Abb. 1 Baltische Ostseestrände ohne Kurtaxe, offen für jedermann.

eigentlich? Dabei fällt dann sehr schnell auf, dass besonders in Estland die Bürger sehr offen betonen, dass sie sich zum skandinavischen Kulturkreis zugehörig fühlen und keine Balten sind. Dabei wissen sie, dass die skandinavischen Gesellschaften entweder gegen einen Beitritt zur EU gestimmt haben (Norwegen) oder zumindest gegen den Beitritt zur Euro-Zone (Schweden, Dänemark) und die Vorbehalte gegen die EU sind seit der Euro-Krise (2007/2008) und ganz besonders seit der Flüchtlingspolitik (2015/2016) überall in Skandinavien erheblich angewachsen. Das zeigt unmittelbare Auswirkungen auch im Baltikum. In Lettland macht sich die Identitätsfrage zudem am Sprachenstreit fest (Russisch als zweite Amtssprache oder nicht) und an der Suche nach der eigenen Identität unter den jüngeren Künstlern. In Litauen bewegen die Menschen weder eine »Russenfrage« noch echter EU-Skeptizismus. So ist die nach außen gekehrte Katholizität bei »allen« Litauern unübersehbar mit Dutzenden von Kirchen in der Hauptstadt und der Kreuzberg bei Šiauliai



Abb. 2 Šiauliai: Kreuzberg oder Ramschberg, inzwischen nicht eindeutig zu unterscheiden.

bleibt wichtigstes Symbol des politischen Widerstandes gegen die vormalige russische Okkupation.

Keines dieser Zeichen der Identitätssuche ist allerdings vergleichbar mit der einzigartig gebliebenen Menschenkette am 23. August 1989 als vielleicht zwei Millionen Menschen sich von Tallinn über Riga bis Vilnius aufstellten, um gegen den Hitler-Stalin-Pakt zu demonstrieren, der 50 Jahre zuvor als Geheimabkommen geschlossen worden war und das Baltikum der Sowjetunion überließ. Die Menschen sangen dabei ihre Volkslieder. Die Radiosender in allen drei Ländern spielten das baltische Lied, das von den drei Schwestern, die am Strand erwachen und ihre Ehre verteidigen. Moskau hatte grundsätzlich alle nationalen Volkslieder verboten, erst recht dieses Lied. Aus dem Gesang dieses gewaltigen baltischen Chores wurde schneller als gedacht die »Singende Revolution«. Sie mündete nach eher kurzen militärischen Auseinandersetzungen 1991 in die Unabhängigkeit der drei baltischen Staaten. Dieser



Prozess um die Wende der 1980er- zu den 1990er-Jahren war der bislang größte Akt der baltischen Identitätsfindung.

Eine Aktivistin der ersten Stunde in diesem Prozess, die estnische Soziologin Marju Lauristin, hielt 20 Jahre nach der Singenden Revolution in einem Interview als wichtigste Lektion fest:

»Estland ist klein, wir können niemals viele Waffen kaufen, um uns gegen alle Angriffe zu verteidigen, aber wir können unsere Gehirne einsetzen. Wir müssen in Zukunft wieder mehr auf Technologien und Wissen setzen, als auf Geld. Diese Krise (2009) ist genau der richtige Zeitpunkt zur fundamentalen Richtungsänderung. Wir müssen von einer Entwicklung, die auf Rohstoffen und Geld basiert, übergehen zu einer Entwicklung, die Intelligenz und Kreativität zur Grundlage hat.« (Deutschlandfunk, 22.8.2009)

Festgehalten werden kann jedenfalls, dass die »Singende Revolution« eine schöne Erscheinung blieb, ohne Nachhaltigkeit, kein Beitrag zu dauerhafter baltischer Identität. Gleichzeitig verliert sich eine denkbare »europäische Identität« immer stärker im Nebel bedrohlicher Krisen und einer willkürlichen und unsensiblen »Integrationspolitik«. Das reicht von der Aufnahme in die EU 2004, bei der die baltischen Bürger in allen drei Staaten oft genug kommentierten, dass sie jetzt wohl aus dem Schatten des russischen Bären in den des europäischen Stiers geschoben würden, aber deswegen noch lange nicht ihre eigene Identität ausleben dürften. Und es endet bei der Migrationspolitik, die sich am Phänomen der Flüchtlinge festmacht und Flüchtlingshilfe mit Integration gleichsetzt. Ohne diese Gleichsetzung wäre die Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge wohl größer. Und auch das Bild von der bedrohten »Festung Europa« bleibt unscharf.

Dabei gibt es sehr wohl unter den baltischen Bürgern die Diskussionen darüber, dass weder von den westeuro-

päischen noch von den osteuropäischen (baltischen) Regierungen und schon gar nicht von der EU-Kommission die Ursachen der Flüchtlingsströme offen genug angesprochen werden: die Militarisierung arabischer und afrikanischer Konflikte mit europäischen Waffen oder die neokolonialistische Rohstoffsicherung für europäische Konzerne im Kongo oder Nigeria sowie eine EU-Agrarpolitik, die den kleinbäuerlichen afrikanischen Verhältnissen auf vielfältige Weise so wenige Chance lässt, wie den lettischen oder den litauischen Kleinbauern.

Die große Mehrzahl der baltischen Bürger hatte mehr Offenheit und Transparenz im neuen Europa erwartet, jedenfalls mehr als das, was sie aus der Sowjetunion kannten. Deswegen ist zum Beispiel die Art, wie TTIP verhandelt wurde und die TTIP betreffende Informationspolitik auch für viele Balten eine herbe Enttäuschung: Sie fordern von ihren Politikern Offenheit und Mitbestimmung bei einer wichtigen Entscheidung über ihre Zukunft, nicht anders als viele westeuropäische Bürger. Viele baltische Bürger empfinden die Intransparenz der Entscheidungsfindungen der EU als undemokratisch und viel zu stark fremd gesteuert durch die 20.000 akkreditierten Lobbyisten, die in Brüssel ständig für Entscheidungen sorgen, die von der Bürgermehrheit nicht gewollt oder nicht beeinflusst werden können: Gentechnik, Glyphosat, »Freihandelsabkommen« mit Kanada und USA; EU-Subventionen für neue britische Atomkraftwerke oder Subventionen für Agroindustrien und vieles mehr. Nicht zuletzt deshalb sind baltische Politiker und Unternehmer vom Vorschlag des deutschen Bundesbankpräsidenten Weidmann und seines französischen Amtskollegen Galhau wenig angetan, einen EU-Finanzminister zu ernennen, der für alle Euro-Länder die »Euro-Rettung« betreiben sollte. Die Balten waren und sind mehrheitlich gegen die praktizierte »Griechenlandrettung«. Bei einem EU-Finanzminister hätten sie keine Chance, dies deutlich zu machen und zu zeigen, dass

man im Baltikum eine Volkswirtschaft mit dem niedrigsten Schuldenstand in der EU hinkommt (Estland).

### **Wie ist die offizielle Haltung der Regierungen?**

Dass in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg ganz selten Kriege geführt wurden (Ausnahme: Ex-Jugoslawien) ist eine in der europäischen Geschichte außerordentliche Leistung, aber leider nicht sehr präsent im Bewusstsein derer, die nach 1945 geboren wurden. Junge und alte Bürger im Baltikum fürchten vielmehr, dass die russische Expansion auf die Krim und in die Ost-Ukraine und in Syrien nicht der letzte Akt dieser Art bleiben wird. Sie fürchten, dass Präsident Putin den großen Anteil an russischer Bevölkerung in Estland und in Lettland zum Anlass nehmen könnte, Ansprüche auf diese Gebiete zu erheben. Und sie glauben nicht, dass die symbolischen NATO-Einheiten auf dem litauischen Flugplatz Šiauliai oder die 3.000 zusätzlichen NATO-Truppen (ab 2016) oder gar die EU sie davor schützen kann. Unter baltischen Bürgern vergrößert sich vielmehr eine zweite Angstebene, weil die verstärkte NATO-Präsenz seit 2016 auf russischer Seite zu immer mehr militärischer Präsenz führte. Intensivierte diplomatische Aktivitäten zwischen Moskau, Berlin, Stockholm, Brüssel würden lieber gesehen. Die Mehrheit der baltischen Bevölkerungen möchte keine Raketenstellungen wie im NATO-Land Rumänien, weil Russland als Antwort postwendend seine Iskander-Raketen oder andere Nuklearwaffen in Kaliningrad bereitstellt. Und die Iskander fliegt bis Vilnius, Riga und nach Estland.

Die Frage liegt daher auf der Hand, welchen Weg die baltische Entwicklung tatsächlich genommen hat und noch nimmt. Dazu ist zunächst ein Rückblick auf die Geschichte des Baltikums hilfreich. Denn die baltischen Völker wurden in ihrer langen fremdbestimmten Geschichte immer daran

gehindert, ihre eigene Identität auszubilden oder abzusichern. Es gab daher auch nie »ein Baltikum«. Genauso aufschlussreich ist der genauere Blick auf die innere Verfasstheit jedes der drei baltischen Staaten und seiner Gesellschaft während ihres Transformationsprozesses, seit sie Mitglieder in NATO und EU wurden.

Es sind drei kleine Länder, aber die dort zu beobachtenden Phänomene sind es wert, zu Rate gezogen zu werden, wenn die Frage nach EU-Konsolidierung, EU-Erweiterung oder europäischer Identität ansteht.

Die folgenden Abschnitte gehen auf charakteristische Züge der einzelnen Länder ein. Wo in bestimmten Fragen (Problemen) allerdings allzu große Ähnlichkeiten bestehen, wird vor allem das »baltische Kernland« Lettland betrachtet, um langatmige Wiederholungen zu vermeiden. Generell geht das Buch auf einige Schwerpunktthemen intensiver ein, als jeden wichtigen Aspekt der baltischen Entwicklungen gleichmäßig zu beleuchten: das sind Außen-, Sicherheits- und nationale Entwicklungspolitik sowie Kultur und Kunst und die innenpolitischen Akteure. Schließlich kommt auch der wirtschaftliche Weg zur »liberalen Marktwirtschaft« in allen drei Staaten zur Sprache.

So sollte sich der Leser am Ende sein eigenes Bild des Baltikums formen können. Nach Ansicht des Verfassers, der als entwicklungspolitischer Berater in der baltischen Region tätig war, kann die vorgelegte analytische Beschreibung beim Leser einen vertieften Bezug zu den baltischen Realitäten schaffen und dadurch vielleicht sogar Empathie erzeugen. Angesprochen, aber nicht intensiver behandelt wird im Text, dass Lettland bis heute wohl besonders stark unter den Stalin'schen »Säuberungen« der intellektuellen und der Wirtschaftseliten und der gleichzeitigen »Russifizierung« seiner Gesellschaft leidet. Alle drei Staaten hat der Völkermord an der jüdischen Bevölkerung durch Wehrmacht und SS-Einheiten extrem getroffen, vielleicht am meisten Litauen.

## 6 Politische Kultur – Eine chaotische Entwicklung

Innenminister Ivars Godmanis warnte bei Ausbruch der Großen Krise (Dez. 2007) seine Regierung vor einer gefährlichen Bande Krimineller, die sich aus Mitgliedern des parlamentarischen und des präsidentiellen Sicherheits-Dienstes ebenso rekrutierten wie aus früheren sowjetischen Offizieren und früheren KGB-Agenten. Er schränkte vor dem Nationalen Sicherheitsrat allerdings ein, dass die Verwicklung in kriminelle Akte einer Reihe festgenommener Verdächtiger erst noch nachgewiesen werden müsse. Der damals noch im Amt befindliche Ministerpräsident (MP) Kalvītis hatte weniger Zweifel und konnte schon Namen und einen »eindeutig terroristischen Akt« benennen. Der zu dem Zeitpunkt frisch ernannte Staatspräsident Zatlers sprach derweil noch offen aus, was als strukturelles Problem im Sicherheitsbereich fortbesteht: die einzelnen Machtgruppen in Lettland halten sich »ihren« Sicherheitsapparat und verwickeln die Sicherheitsdienste entsprechend den Interessenlagen ihrer Auftraggeber in Machtkämpfe untereinander.

Das »Wie« dieser »politischen Kultur« kann ansatzweise verdeutlicht werden:

Politische Kultur lässt sich gesellschaftsübergreifend als der politische Raum verstehen, in dem sich das gesellschaftliche Individuum zum aktuellen politischen System aktiv verhalten kann. Dabei schließt dieses Verhältnis auch die kritische Distanz zu aktuellen politischen »Spielregeln« des politischen Systems ein, also zum Beispiel Kritik an oder Ablehnung von Teilen der Verfassung oder einer empfundenen »Klassen-Justiz« (zum Beispiel in Zusammenhang mit ethnischer Diskriminierung oder sozial ungerechten Steuergesetzen oder verletztem Umweltschutz). Dabei ist Demokratische Politische Kultur nicht etwas ehern Beständiges, sondern

historischem Wandel unterworfen und charakterisiert sich durch den gesellschaftlichen Diskurs.

Die dominierende politische Kultur in den baltischen Ländern hat notwendigerweise zunächst mit der eigenen politischen und sozialen Geschichte dieser Region zu tun, die über viele Jahrhunderte von deutscher, schwedischer, polnischer, russischer Kolonialherrschaft geprägt ist; sodann insbesondere mit der sowjetischen Phase (Juni 1940–August 1991), wie auch mit der eingestreuten kurzen Phase der Nazi-Okkupation. In die sowjetische Okkupationszeit fielen dabei zwei heftige Deportationswellen, zunächst die von 1949 mit insgesamt etwa 50.000 Menschen und anschließend eine zweite als Strafaktion, weil die Kollektivierung der Landwirtschaft in keinem der Länder zügig genug durchgeführt wurde, aber auch wegen der Guerilla-Aktionen der sogenannten »Waldbrüder«, die den sowjetischen Truppen bis spät in die 1950er-Jahre immer wieder militärisch zusetzten. Von dieser zweiten Deportationswelle nach Sibirien waren insgesamt etwa 150.000 Menschen betroffen. Hinzu kommen die durch die Nazis ermordeten Juden und andere baltische Bürger, deren Zahl einige Zehntausend beträgt (geschätzt). Zwangsläufig wirken diese traumatischen Erfahrungen bis in die Gegenwart nach und tragen zu den aktuellen Ängsten vor Russlands Übergriffen bei. Für die aktuelle politische Kultur und den gesamten Transformationsprozess spielt über diese Aspekte hinaus eine ganz wesentliche Rolle, dass während der sowjetischen Okkupation nicht nur Zehntausende von Esten, Letten, Litauer nach Sibirien verfrachtet wurden, sondern umgekehrt Zehntausende von Russen in die baltischen Länder transportiert wurden, um die Sowjetisierung des Baltikums zu beschleunigen (international: ethnic cleansing).

Für die Betrachtungen der politischen Kultur im »baltischen Kernland« Lettland ist im Übrigen nicht unwichtig, dass erst nach den blutigen Freiheitskämpfen 1919 ein Staatsbildungsprozess möglich wurde. In Lettland wurden die drei

protestantischen lettisch-sprachigen Regionen Vidzeme, Zemgale und Kurzeme und das katholische Latgalien zum Staat Lettland vereinigt und dieses Lettland ab 1940 (mit der kurzen Unterbrechung während der Nazi-Okkupation) bis 1991 zu einer sozialistischen Republik der Sowjetunion geformt.

Erst Gorbatschows Perestroika (1987) ermöglichte in Lettland die Gründung der beiden Unabhängigkeitsbewegungen: die Lettische Volksfront und die radikalere Lettische Bewegung der Nationalen Unabhängigkeit. Die Volksfront war charakterisiert durch Gorbatschow-nahe Reform-Kommunisten und gewann die 1989er-Wahlen zum SU-Volkskongress und auch die Wahlen zum Lettischen Obersten Sowjet 1990. Die Nationale Unabhängigkeitsbewegung hatte diese Wahlen boykottiert. Im Mai 1990 stimmte das lettische Parlament mehrheitlich für die Wiederherstellung der nationalen Unabhängigkeit. Perestroika und Glasnost erlaubten dann tatsächlich bis 1991 ein paralleles russisch-lettisches Staats-Management und am 21. August 1991 wurde die Unabhängigkeit der Lettischen Republik auch international anerkannt. 1993 richtete die lettische Regierung ihre eigenen staatlichen Institutionen ein und erklärte die lettische Verfassung von 1922 für weiterhin gültig und ergänzte sie lediglich um die Garantie der Menschenrechte und die allgemeinen Bürgerrechte. Zehn Jahre später (im Beitrittsjahr zur EU 2004) wurde die lettische Sprache als die verbindliche Staatssprache festgelegt und hat sich in den staatlichen Institutionen seither weitgehend durchgesetzt. Als Alltagssprache ist das Russische in den östlichen Regionen Estlands und Lettlands, in der Hauptstadt Riga und als Lingua franca zwischen den drei baltischen Bevölkerungen allerdings sehr präsent und wird sich schon aus demografischen Gründen langfristig weiter festigen – zumal die baltische Jugend der etwa 20- bis 25-Jährigen erheblich weniger Berührungspunkte mit der russischen Sprache zeigt als ihre traumatisierten Eltern.

Noch ehe diese historischen Ängste aufgearbeitet sind, sehen sich die baltischen Bürger mit den aktuellen Transformationsansprüchen der Westeuropäer konfrontiert. Ihre Oligarchen haben die neuen Spielregeln der EU am schnellsten verstanden und wenden sie noch immer zum Nachteil der Bevölkerungsmehrheiten an, ohne dass die EU-Kommission ihre eigenen Kriterien von politischer Kultur – Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Transparenz – zur Bedingung macht und überprüft. Unter dem Strich bedeutet es für die politische Kultur in den baltischen Ländern eine beinahe chaotische Mischung aus Elementen historisch sehr unterschiedlicher Wertesysteme, denen ab 2004 nicht minder chaotische Regelungen, Normen und Gesetze des *Acquis communautaire* übergestülpt wurden.

#### Politische Kultur und Selbstbedienungsstaat

Noch vor der offiziellen Aufnahme der Balten in die EU hatte man den Zeigefinger gehoben, um zu sagen, es gehe nicht an, dass in Lettland durchschnittlich 1,4 Prozent aller Unternehmensumsätze als Bestechungsgelder anfallen. In Estland im Schnitt 1,6 Prozent und im katholischen Litauen sogar 2,8 Prozent.

Gleich nach dem EU-Beitritt arbeiteten westeuropäische Organisationen mit den nationalen Vertretungen von Transparency International (TI) in den baltischen Ländern zusammen, um gerade auch die hochgradige parlamentarische Korruption zunächst überhaupt offen zu legen und sie dann möglichst einzudämmen. Schließlich ist ein hohes Korruptionsniveau immer ein wichtiges gesellschaftspolitisches Thema. Aus anderen Problemländern – einschließlich Russland – war bekannt, dass die Bekämpfung von korrupten Beamten und Politikern schnell ins Auge gehen kann. Denn hochrangige Beschuldigte sind meist in der Lage, sich umgehend der Unterstützung



durch Geheimdienste oder käufliche Polizei zu versichern. In Lettland fand die nationale Vertretung von Transparency International – PROVIDUS – im Europäischen Richterbund aus Brüssel den qualifizierten Partner, um das umzusetzen, was PROVIDUS selber erkannt hatte: »Der Druck, um die bisherigen Praktiken (Korruption) zu ändern, muss aus dem Inneren des Rechtssystem selbst kommen.« Das war der Aufhänger, um mit Christian Lange den Generalsekretär des »*Magistrats européens pour la Démocratie et les Libertés*« nach Riga zu bitten. Seine Erkenntnisse formulierte er zu einem Aktionsplan, wie er aus Brüsseler Sicht notwendig erschien:

»Es geht darum, die Richter und Staatsanwälte in neuen EU-Mitgliedstaaten mit der Europäischen Menschenrechtskonvention, den sogenannten »Kopenhagener Kriterien«, dem Rechtsstaatsverständnis der EU und ihrer Mitgliedstaaten sowie mit den realen Erfahrungen der anderen europäischen Kolleginnen und Kollegen vertraut zu machen. Dazu gehört auch die Selbstorganisation der Richter und Staatsanwälte.«

Dieser letzte Satz war natürlich bei den realen lettischen Verhältnissen die totale Illusion. Mehrere NGOs oder auch der Europäische Richterbund hätten zur Verfügung gestanden, um einen solchen Plan zu implementieren. Aber das konnte nicht ausreichen, um den erforderlichen Systemwechsel zu initiieren. Außerdem erhielten offenbar einige der interessierten Richter unfreundliche Botschaften – zweifellos von einem der Geheimdienste. Daraufhin kündigten sie ihr Interesse an dem Projekt wieder auf. (☛ siehe rechts Tab. 2)

Der Korruptionsindex von Transparency International für 2015 platziert die 4 skandinavischen Staaten unter die besten Fünf der Welt. Deutschland an No. 10 und die drei baltischen Länder auf den Plätzen 23 (EE), 32 (LT) und 40 (LV) von insgesamt 168 bewerteten Ländern. Die CPI-Spalte für 2015

gibt an, auf welchem Korruptionsniveau sich das jeweilige Land bewegt: »100« bedeutet dabei absolut korruptionsfrei. »0« bedeutet absolut korrupt. Für Lettland lassen sich die Zahlen daher so lesen, dass 45 Prozent aller Aktivitäten im öffentlichen Raum durch Korruption belastet sind; in Deutschland 19 Prozent; in Dänemark 9 Prozent.

So wurden wahrscheinlich auch nicht sehr viele Letten und Lettinnen von einem Ereignis überrascht, wie der Präsidentschaftswahl 2007:

Staatspräsident  
Valdis Zatlers

Für die turnusmäßige Nachfolge der ersten Präsidenten-Frau im Baltikum hatte die zu der Zeit dominierende kon-

**Tab. 2 Baltische Korruption, Ranking im Vergleich zu Skandinavien, 2015**

Rang	CPI 2015	Land
1	91	Dänemark
2	90	Finnland
3	89	Schweden
4	88	Neuseeland
5	87	Niederlande
5	87	Norwegen
7	86	Schweiz
8	85	Singapur
9	83	Kanada
10	81	Deutschland
21	74	Uruguay
22	71	Qatar
23	70	Chile
23	70	Estland
23	70	Frankreich
23	70	Vereinigte Arabische Emirate
27	65	Bhutan
28	63	Botswana
28	63	Portugal
30	62	Polen
30	62	Taiwan
32	61	Zypern
32	61	Israel
32	61	Litauen
35	60	Slowenien
36	58	Spanien
37	56	Tschechische Republik
37	56	Südkorea
37	56	Malta
40	55	Kapverden
40	55	Costa Rica
40	55	Lettland

Quelle Transparency International: Corruption Perceptions Index 2015.

servative Regierungspartei Volkspartei (Oligarch Andris Šķēle) Anfang 2007 den Arzt Valdis Zatlers als ihren Kandidaten präsentiert. Dr. Zatlers hatte bis dahin keinerlei politische Schlagzeilen gemacht, wohl aber für negatives Aufsehen gesorgt, da er als leitender Arzt einer großen staatlichen Rigaer Klinik die Behandlung der Patienten unter anderem von »freiwilligen« Geldzahlungen abhängig machte. In Medien-Interviews nach seiner Wahl interpretierte Dr. Zatlers diese Praktiken mit dem Lieblingsausdruck aller Politiker dieser Welt: ein ganz normaler Vorgang. Immerhin war von der Staatsanwaltschaft gegen den Kandidaten der Vorwurf der Steuerhinterziehung wegen nicht deklarerter Einnahmen erhoben worden. Aber unmittelbar vor Amtsübernahme als neuer Staatspräsident wurde »Steuerhinterziehung« zu einer »Nachlässigkeit« herabgestuft, die Dr. Zatlers per Gerichtsbeschluss durch Zahlung von 250 Lats (375 Euro) ausräumen konnte. Damit galt der Kandidat für das höchste Staatsamt als unbescholten. Als neuer Staatspräsident wollte Zatlers dann allen ärztlichen Kollegen durch Gesetzesänderung helfen, dass die ihnen übergebenen »Geschenke« in Zukunft nicht mehr anstößig seien. Lettlands Bevölkerung fragte sich zwangsläufig: Auf wie viel Ethik darf ein lettischer Präsident eigentlich verzichten? Der Fall machte auch der freundlichsten Seele in Westeuropa deutlich, welche politische Kultur im Osten der Union noch aufgearbeitet werden muss, bevor »zusammenwächst, was zusammen gehört«.

»Kolonie der eigenen Elite«

Die Frage steht noch immer im Raum: Wozu benötigt die autokratische kleine Gruppe lettischer Oligarchen einen Staatspräsidenten wie Valdis Zatlers? Ein ganz wichtiger Grund liegt darin, eine »Unbotmäßigkeit«, wie die der vorherigen Präsidentin Vaira Vīķe-Freiberga (VVF) von vornherein zu unterbinden. VVF hatte eine Gesetzesinitiative der

Volkspartei beziehungsweise von Ministerpräsident Kalvitis zur besseren Kontrolle aller Geheimdienste dadurch vereitelt, dass sie das vorbereitete Gesetz nicht unterzeichnete. Ihr Nachfolger Zatlers stand nicht im Verdacht, dass er sich ähnlich unbotmässig verhalten werde wie seine Vorgängerin. Die politische Operation des Ministerpräsidenten von Anfang 2007 lässt sich knapp zusammenfassen:

Es sah nach einer politischen Nacht-und-Nebel-Aktion aus, wie der lettische Ministerpräsident Kalvitis versuchte, die persönliche Kontrolle über die lettischen Geheimdienste zu übernehmen. Die Kontrolle über die staatliche Anti-Korruptionsbehörde KNAB lag schon in seinen Händen, sollte aber offenbar besser vertäut werden. Staatspräsidentin Vaira Vike-Freiberga übte heftige und öffentlich wahrgenommene Kritik an einem Verfahren, das man eher für Moskau-typisch halten könnte: Am ersten Tag nach den Weihnachtsferien, am 8. Januar, hatte Premier Kalvitis eine Novellierung des nationalen Sicherheitsgesetzes mit dem Vermerk »höchste Dringlichkeit« dem Kabinett vorgelegt. Kalvitis hatte bei der letzten Kabinettsitzung im Dezember noch kein Wort über diese Dringlichkeit verlauten lassen. Vike-Freiberga: »Ich hätte es gern gesehen, dass dieses Thema auf die Tagesordnung des Parlaments gesetzt und dort debattiert würde; und ich denke ebenfalls, dass es wünschenswert wäre, die Änderungen zu debattieren und in die Novellierung einfließen zu lassen, nachdem die Überprüfung der Geheimdienste und deren Befragungen abgeschlossen sind.« Cleverli Kalvitis hatte sich als Ministerpräsident auf Artikel 81 der Verfassung gestützt, wonach die Regierung Novellierungen verabschieden kann, wenn sich das Parlament in der Parlamentspause befindet. Wegen Weihnachten war genau das der Fall.

Als Ziel der Kalvitis-Initiative war leicht erkennbar, dass der Premier Vorsitzender des Rates der Staatlichen Sicherheitsinstitutionen werden sollte, zu dem ansonsten noch der Verteidigungs-, der Außen-, der Innen- und der Justizminister

gehören sowie – auf Einladung und ohne Stimme – die Leiter der Sicherheitsdienste (Militärs, Geheime Staatspolizei, Geheimdienst). Die Kommentare der Bürger vor Ort, die aufmerksam den politischen Prozess in ihrem Land beobachten, ließen erkennen, dass die zwei Ansätze in der Kalvitis-Initiative sehr wohl verstanden wurden, nämlich:

- durch die direkte Kontrolle der Dienste und Einschränkung ihrer Unabhängigkeit würde die Machtbasis des Ministerpräsidenten beziehungsweise des hinter ihm stehenden Vaters der Volkspartei und Großunternehmer Andris Šķēle ausgebaut, und gleichzeitig
- würden die Befugnisse der staatlichen Anti-Korruptionsbehörde KNAB de facto eingeschränkt.

Denn die Antikorruptionsbehörde KNAB hat in der Vergangenheit auch manchem Regierungsmitglied, manchem Richter und anderen höheren Funktionären Steine in den Weg ihrer Immobiliengeschäfte, Wahlfälschungen oder Geldwäschereien gelegt. Die Gesetzesänderung sollte KNAB dadurch an die Kette legen, dass für Recherchen und Aktionen von KNAB zunächst die Zustimmung des Oberstaatsanwaltes und des Leiters des Amtes für Verfassungsschutz einzuholen sei – und genau über den wollte Ministerpräsident Kalvitis von Gesetzes wegen wachen.

Die Reaktionen auf die Kalvitis-Initiative waren nicht minder interessant als der eigentliche Vorstoß. Zunächst erhob sich heftige Kritik bei der parlamentarischen Opposition. Dort verteidigte Kalvitis seine Initiative mit dem Argument, die Koordination der Geheimdienste sei notwendig, um dem immer effizienteren internationalen Terrorismus begegnen zu können. (Das Totschlag-Argument »Terrorismus« hatte Kalvitis trotz mangelhafter Englischkenntnisse gerne aus dem Amerikanischen übernommen). Präsidentin Vike-Freiberga versuchte – ähnlich einigen deutschen Bundespräsidenten – den weiteren Prozess durch den Hinweis auf nicht ausreichende juristische Sorgfalt bei der Vorbereitung der

Novelle zu stoppen. Die Präsidentin nutzte die Gelegenheit zugleich zu einem größeren politischen Rundumschlag, indem sie nicht nur die Vorarbeit des Justizministeriums für »schlampig« erklärte, sondern auch noch das ganze lettische Rechtssystem dafür kritisierte, dass es offenbar Gesetze für die Reichen und andere für die Armen gebe. Die Kritik der Präsidentin am lettischen politischen System liest sich wie die der ganz wenigen wahren Linken oder tatsächlichen Sozialdemokraten im Lande – und passte daher gar nicht zu ihrem bisherigen Profil als eher vom Volk abgehobenes und in den Grundpositionen konservatives Staatsoberhaupt. Ihre Reaktionen wurden nur verständlich, weil ihr nicht mal mehr ein halbes Jahr Amtszeit verblieb und sie sich – da sie nicht (wie erhofft) UN-Generalsekretärin wurde – im Ausland ihre Demokratie-Beflissenheit demonstrieren wollte.

Als Summenstrich unter das ganze Oligarchen-Kapitel der baltischen Staaten ließe sich mit geringer Abwandlung ein Kommentar des großen alten philippinischen Literaten Francisco Sionil José setzen: »Unsere Eliten haben sich die Gewohnheiten der imperialen Mächte zu eigen gemacht, sodass wir jetzt eine Kolonie der eigenen Elite sind«.

Es sieht aus wie Politik gegen die eigene Gesellschaft

Lettlands Ombudsmann Romans Apsitis zieht die Facette des wachsenden Autoritarismus in Lettland ans Licht der Öffentlichkeit. Er beschuldigt die Polizei in Riga des massiven Verstoßes gegen die Menschenrechte und damit auch gegen lettisches Gesetz. Er bezieht sich dabei im Fernsehen auf die offensichtlichen schweren Folterungen am ehemaligen Geheimdienstagenten Edgars Gulbis, die ihm in den Kellern des früheren KGB (inzwischen Museum in der Stabu iela, Riga) während seiner 4-wöchigen Inhaftierung beigebracht wurden. Als er dann anschließend von der Polizei in einen anderen Stadtteil transportiert wurde, fiel er beim Über-

queren der viel befahrenen Seil-Brücke (lettisch: Vanšu tilts) über die Daugava in selbige. Ob seine Handschellen noch geschlossen waren oder nicht, wollte die Polizei selber untersuchen (!). Jedenfalls hatte er zwei große Chancen: als er aus dem fahrenden Polizeiwagen »fiel« hätte er leicht von einem der vorbeifahrenden Busse, Lkw oder Pkw überrollt werden können; er schaffte es aber quer über die Fahrbahnen und stürzte sich in den Fluss. Er überlebte auch das, wurde gerettet und im Krankenhaus wieder zusammengeflickt.

Die Anschuldigungen aus dem Innenministerium gegen Gulbis lauteten: er sei verantwortlich für eine Autobombe, die gegen den Chef der Anti-Schmuggeleinheit, Vladimirs Vaskevics, gezündet worden war. Andere Stimmen im Land sahen eine größere Wahrscheinlichkeit dafür, dass Gulbis als früherer Sonderagent des sowjetischen Geheimdienstes gute Kontakte zum aktuellen Sicherheitsdienst der lettischen Präsidentschaft unterhält und zu viele Kenntnisse über illegale Geldtransaktionen auf Regierungsebene gesammelt hat, die falsch genutzt werden könnten. Dabei wird auch an wenig transparente, dafür millionenschwere Grundstücksgeschäfte erinnert, die Vaskevics' ehemalige Frau in der Nobelgegend Mežaparks realisiert hatte. Der Agent Gulbis hatte wohl auch darüber Detailkenntnisse und wurde nicht mehr als ausreichend zuverlässig angesehen.

Die Menschen in Riga ziehen bei solchen Geschichten Parallelen zum Umgang mit Bürgern in Moskau, wie der für Putin unbequemen Journalistin Anna Stepanovna Politkovskaya, die 2006 im Eingang ihres Hauses erschossen wurde, und fühlen sich unwohl. Noch etwas unwohler fühlten sich manche Bürger, als der ehemalige KGB-Mitarbeiter Litwinenko ebenfalls 2006 von früheren Kollegen in seinem Londoner Exil mittels Polonium qualvoll ermordet wurde. Der britische Innenminister präsentierte 10 Jahre später einen offiziellen Untersuchungsbericht, in dem er nicht nur den russischen Geheimdienst FSB für den Mord verantwortlich

machte, sondern die politische Verantwortung Präsident Putin zuschrieb. Die weiterhin engen Beziehungen einflussreicher Mitglieder der lettischen politischen Elite zu Russland lassen die lettischen Bürger auch an russische Oppositionelle, wie Boris Nemzow, denken (der im Februar 2015 quasi vor dem Kreml erschossen wurde), und mancher fragt sich, wie viel Zivilcourage heute im EU-Land Lettland aufgebracht werden kann, um die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratischer zu gestalten, ohne dafür in irgendeinen »Unfall« verwickelt zu werden.